



# Correspondenzblatt

der

## Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Das Blatt erscheint  
jeden Sonnabend.

Redaktion: **H. Umbreit,**  
Berlin SO. 16, Engelufer 15.

Abonnementpreis  
pro Quartal Mk. 2,50.

### Inhalt:

	Seite		Seite
Die Stellung der Gewerkschaften zur neuen Sommerzeit	91	Kongresse. Generalversammlung des Rotenstiechergehilfenverbandes	98
Wirtschaftliche Rundschau	94	Streiks & Aussperrungen. Tarifierneuerung im Dach- & Berggewerbe	98
Kriegsfürsorge. Zusammenfassung der Fürsorgestellen	95	Andere Organisationen. Eine Rundgebung für Sozialpolitik. — Spa tungsbestrebungen in Stuttgart	98
Arbeiterbewegung. Aus den deutschen Gewerkschaften	96		

### Die Stellung der Gewerkschaften zur neuen Sommerzeit.

Zum dritten Male während des Weltkrieges wird jetzt durch Bundesratsbeschluß die Zeitrechnung während des Sommers um eine Stunde verlegt. In diesem Jahre tritt die Neuregelung am 1. April in Kraft und währt bis zum 30. September. Diese Zeitverlegung gehört zu den umstrittensten Maßnahmen unserer Kriegswirtschaft. Sie hat sich ebenso viele Freunde als Gegner erworben. Veranlaßt durch das Bestreben, an Beleuchtung zu sparen, wird sie dieses Ziel jedenfalls teilweise erreicht haben, denn sonst wäre es bei dem notorischen Mangel Deutschlands an Beleuchtungsmitteln kaum denkbar, daß der ersten Zeitverlegung im Jahre 1916 eine zweimalige Wiederholung in den nächsten Jahren folgen konnte. Es müssen also die Erfahrungen in bezug auf die Ersparnis an Leuchtmitteln im allgemeinen günstige gewesen sein, so daß sich der Bundesrat unter den gleichen Voraussetzungen zu diesen Wiederholungen entschloß. Das schließt natürlich nicht aus, daß diese Maßregel in verschiedenen Gegenden und in verschiedenen Erwerbsgruppen der Bevölkerung recht verschieden gewirkt hat. Der Tag beginnt im Osten Deutschlands eine Stunde früher als im Westen. Dieser natürliche Unterschied läßt für den Osten erträglich erscheinen, was im Westen unerträglich empfunden wird. Und vom natürlichen Tagesbeginn und Sonnenstand hängen zahlreiche Berufe ab, die sich in Beginn und Beendigung der Arbeitszeiten und Gängen seit Alters her darauf eingestellt haben. In diesen Berufen wird eine solche Zeitverlegung, sobald sie mit einer Häufung nachteiliger Einflüsse verbunden ist, unangenehm empfunden. Wo die Gewerkschaften die Arbeitszeit den patriarchalischen Gepflogenheiten entrückt und gewerkschaftlicher Regelung unterstellt haben, dort traten diese Bedenken teilweise zurück — aber nicht völlig, denn diese Regelung betrifft gewöhnlich nur die Arbeitsdauer im allgemeinen, während Beginn und Ende der Arbeitszeit sowie Arbeitspausen immer noch nach den natürlichen Verhältnissen festgesetzt zu werden pflegen.

Solange es sich bei der früheren Sommerzeit nur um eine von besonderen Voraussetzungen diktierte Kriegsmäßregel handelt, muß man sich mehr oder weniger mit derselben abfinden, wie mit vielem anderen während des Krieges. Aber es bestehen Bestrebungen, die frühere Sommerzeit mit Rücksicht auf

die angeblich günstigen Erfahrungen zu einer dauernden Einrichtung zu machen, die auch bei Ueberfluß an Leuchtmitteln für die Friedenszeit gelten soll. Man rechnet uns vor, daß die Bevölkerung dadurch im Sommerhalbjahr eine volle Stunde täglich gewinnt, die sie der Erholung im Freien, der Beschäftigung im Garten und der Familie widmen kann. Das trifft sicherlich zu einem großen Teile zu, vorausgesetzt, daß diese Stunde Zeitgewinn wirklich der Erholung und nicht schwerer Arbeit gewidmet wird. Da aber die Menschen nicht bloß verschieden sind in ihren Neigungen der Zeitverwendung, sondern auch in der Freiheit und Möglichkeit, ihren Neigungen zu folgen, so ist dadurch auch der Befürchtung Raum gegeben, daß diese Stunde Zeitgewinn zur Arbeitsverlängerung verwendet wird, bzw. diese Verwendung von vielen Arbeitgebern erzwungen wird. Das wäre aber kein Fortschritt, sondern ein höchst bedenklicher kultureller Rückschritt, der vermieden werden müßte. Er könnte vermieden werden durch die gleichzeitige Schaffung eines gesetzlichen Maximalarbeitstages, wie ihn die Arbeiterschaft seit langem fordert, und durch Einrichtungen, die der Bevölkerung mehr Gelegenheit zur Erholung im Freien und leichter Betätigung im Garten bieten. Wenn diese Voraussetzungen erfüllt würden, dann würden sicherlich die Bedenken gegen die gesetzliche Einführung der früheren Sommerzeit schwinden.

In Gewerkschaftskreisen sind die mit der früheren Sommerzeit gemachten Erfahrungen schon öfters erörtert worden, ohne daß es zu einer abschließenden Beurteilung der Frage kommen konnte. In diesem Jahre hat die Generalkommission der Gewerkschaften bei den Verbandsvorständen eine Umfrage darüber veranstaltet, welchen Einfluß die frühere Sommerzeit auf die Gestaltung der Arbeitsverhältnisse ausgeübt habe und welche Stellung die Organisation zur Einführung der Sommerzeit zu nehmen gedenke. An der Beantwortung dieser Umfrage haben sich 22 Vorstände beteiligt, während 26 sich zu den gestellten Fragen nicht geäußert haben. Zu den letzteren gehören eine Reihe großer Organisationen, wie die der Bauarbeiter, Textilarbeiter, Transportarbeiter und Gemeinde- und Staatsarbeiter, sowie die zur Bekleidungsindustrie zählenden Verbände. Aber auch die Neuzugänge der an der Umfrage beteiligten Verbände sind fast durchweg sehr zurückhaltend, da die Mitgliedschaften in ihrer Mehrheit nicht selbst Stellung genommen hätten, könne man nur ein vor-

läufiges Urteil abgeben. Unbedingt für die frühere Sommerzeit traten die Vorstände der Bildhauer, Fleischer, Gastwirtsgehilfen, Glaser, Handlungsgehilfen, Kupfer Schmiede, Lederarbeiter und Handfahnmacher, Lithographen und Stein drucker und Tabakarbeiter ein. Als Gegner der Einführung äußern sich die Vorstände der Bergarbeiter, Brauerei- und Mühlenarbeiter, Gutmacher, Landarbeiter und Steinseher. Eine abwartende oder unentschiedene Stellung nehmen ein die Vorstände der Buchbinder, Buchdrucker, Fabrikarbeiter, Friseurgehilfen, Holzarbeiter, Maler, Metallarbeiter und Tapezierer.

Die vorliegenden gutachtlichen Äußerungen der Verbandsvorstände seien hier in kurzen Auszügen wiedergegeben:

**Bergarbeiter:** Für den Bergbau kann mit einer Lichtersparnis nicht gerechnet werden, weil fast überall Tag und Nacht gearbeitet wird. In den meisten Betrieben wird in drei Schichten zu je acht Stunden, in dem kleineren Teile in zwei Schichten zu je 9 und 10 Stunden gearbeitet. In den unterirdischen Betrieben muß Tag und Nacht bei künstlichem Lichte gearbeitet werden. Tatsache ist, daß die Bergarbeiterfamilien bei der neuen Sommerzeit mehr Licht gebrauchen als bei der alten Zeit. Die Familien müssen frühmorgens um 3½ und 4½ Uhr aufstehen. Die Schichtzeit der Bergarbeiter beginnt bei der Morgen- und Frühschicht um 5, 5½ und 6 Uhr. Da die Seilfahrt eine halbe Stunde vor Schichtanfang beginnt und ein erheblicher Teil der Bergleute von der Wohnung bis zur Grube ½ bis 1½ Stunden Weg zurückzulegen hat, muß der Bergmann dementsprechend früher aufstehen. Abends ist es bis 10 Uhr hell, so daß die Nachtruhe des Bergmanns nur kurz ist. Die Folge ist, daß der Bergmann unausgeruht zur Arbeit kommt und ihm die Arbeit infolgedessen schwer fällt. Diese Ansicht kommt auch in Zuschriften der Bergarbeiter an uns zum Ausdruck. Vielfach heißt es, die Sommerzeit ist eine Leidenszeit für die Bergarbeiter. Mehr Lichtkosten und weniger Schlaf hat sie uns gebracht. Zu wenig Schlaf bedeutet aber Schädigung der Gesundheit und diese muß unbedingt verhütet werden.

Diejenigen Leute, die in unmittelbarer Nähe ihrer Arbeitsstätte wohnen, sind Anhänger der Sommerzeit. Trotzdem können wir sagen, daß die Mehrzahl unserer Mitglieder den dringenden Wunsch hat, daß die Sommerzeit mit Eintritt des Friedens wieder verschwinden möge.

**Bildhauer:** Die neue Sommerzeit hat einen ungünstigen Einfluß auf unseren Beruf und unsere Arbeitsverhältnisse nicht ausgeübt, infolgedessen sind wir mit der Wiedereinführung einverstanden.

**Brauerei- und Mühlenarbeiter:** Mit wenigen Ausnahmen stehen die in der Brau-, Malz- und Brennereindustrie beschäftigten Arbeiter der Sommerzeit ablehnend gegenüber. Die Arbeitszeit beginnt im Sommer ohnedies früher als im Winter, auf alle Fälle aber früher als die der übrigen Industrie, was in der Natur des Betriebes begründet ist. Wo die Arbeitszeit im Sommer an und für sich um 5 Uhr beginnt, beginnt sie in der Sommerzeit um 4 Uhr mitteleuropäischer Zeit. Nicht selten wohnen die Arbeiter aber noch weit von den Betrieben entfernt und müssen deshalb 1 bis 1½ Stunden vor dem wirklichen Beginn der Arbeit die Nachtruhe unterbrechen. Die Vorteile des

früheren Feierabends wiegen die Nachteile bei früherem Beginn nicht auf. Es wird nicht mit Unrecht von einer ganzen Anzahl Zahlstellen erklärt, daß, solange es Tag ist, doch niemand die Ruhestätten auffuchen und ausruhen kann, weil einerseits die noch warmen Zimmer und andererseits das Tageslicht sie daran hindern. Auch wird noch eingewendet, daß die Sommerzeit eine Mahlzeit mehr bedinge. Lichtersparnis kommt auf keinen Fall in den Brauereibetrieben in Frage. Mehrfach wird außerdem behauptet, daß der frühere Arbeitschluß die Unternehmer zu Ueberstunden ansporne. Den Arbeitern, die Garten oder Ackerland besitzen, war allerdings die Sommerzeit willkommen. Im Grunde genommen bedeutet aber auch für diese Arbeiter die Sommerzeit eine Verkürzung der unbedingt für sie notwendigen Ruhezeit.

**Mühlenarbeiter** stehen der Sommerzeit ziemlich interesselos gegenüber. Eine Ersparnis an Licht kommt bei Tag und Nacht arbeitenden Mühlen nicht in Frage. Mühlen, die keinen kontinuierlichen Betrieb haben, arbeiten meist von Tagesanbruch bis zum Dunkelwerden. Die Sommerzeit raubt den Arbeitern also eine Stunde Schlaf.

**Buchbinder:** Ein ungünstiger Einfluß der sogenannten Sommerzeit auf die Gestaltung der Arbeitsverhältnisse und auf das persönliche Wohlbefinden der Arbeiter hat sich, soweit uns bekannt, nicht gezeigt. Ein abschließendes Urteil haben wir uns noch nicht bilden können, da Äußerungen nicht gekommen sind. Doch sind wir der Meinung, daß kein Anlaß vorliegt, der Wiederholung der Sommerzeit zu widersprechen. Dieses Urteil wird vorsichtshalber als vorläufiges bezeichnet, jedoch zum Ausdruck gebracht, daß die Vorteile die Nachteile überwiegen.

**Buchdrucker:** Ein zutreffendes Urteil ist noch nicht möglich, da Erhebungen noch nicht erfolgt sind. Die bisherigen Urteile und Ansichten sind überwiegend für die Sommerzeit.

**Fabrikarbeiter:** Obwohl uns Klagen von Belang nicht zur Kenntnis gebracht worden sind, sind wir nicht in der Lage, ein Gutachten abzugeben. Die persönlichen Auffassungen über das Wirken der Sommerzeit auf das eigene Befinden gehen bei uns auseinander. Während einige Kollegen die Verschiebung begrüßen, von dem längeren Nachmittag wohlthätigen Einfluß auf Geist und Körper herleiten, sind andere der Auffassung, daß die Stunde mehr Schlaf am Morgen nicht ausgeglichen werden kann durch eine Stunde früher zu Bett gehen bei hellem Tageslicht. Wir sind der Auffassung, daß die Angelegenheit einer längeren Zeit bedarf, um völlig geklärt zu werden.

**Fleischer:** Soweit sich die Mitglieder und die Berufsgenossen überhaupt, Arbeitnehmer wie Arbeitgeber, geäußert haben, war man von der Neuerung durchweg befriedigt und wurde gewünscht, daß die Einführung eine dauernde werden möchte. Daß eine nachteilige Beeinflussung auf den Gesundheitszustand erfolgt wäre, ist uns nicht bekannt geworden.

**Friseurgehilfen:** Durch den früheren Arbeitsbeginn werden wir nicht betroffen. Wir gehen morgens gern eine Stunde früher ins Geschäft, wenn wir es des Abends dafür eine Stunde früher verlassen können. Wir befürchten nur, daß unserer Förderung auf Herbeiführung des Achtuhrabendenschlusses dadurch die beste Begründung entzogen wird und wir

ihn auf diese Weise nur um den Preis der durch den früheren Beginn um eine Stunde vermehrten Arbeitszeit erlangen und so die notwendige Verkürzung der überlangen Arbeitszeit um eine Stunde verzögert und erschwert wird.

**Gastwirtsgehilfen:** Die Sommerzeit hat für das Gastwirtsgewerbe im allgemeinen keine besondere Schädigung im Gefolge gehabt. Das Gastwirtsgewerbe, insbesondere die Gartenlokale, haben von dem einstündigen früheren Arbeitschluß profitiert. Aus denselben Ursachen mögen die Stadtlokale und Kaffeehäuser einen geringen Schaden erlitten haben. Der Schaden, den letztere besonders beklagen, ist der früheren Polizeistunde zuzuschreiben. Für das Gewerbe in seiner Gesamtheit ist ein Schaden nicht zu konstatieren.

Auf die Gestaltung der Arbeitsverhältnisse hat die Einführung der Sommerzeit einen schädigenden Einfluß kaum ausgeübt. Durch die neue Regelung kommt für die Angestellten eine Stunde Schlaf mehr in der Nachtzeit in Betracht. Allgemein kann gesagt werden, daß vom Standpunkt unseres Berufes aus keinerlei Grund vorliegt, uns gegen die Beibehaltung der Sommerzeit zu wenden.

**Glasler:** Soweit wir ein Urteil von unseren Kollegen über den Zweck und Nutzen der Sommerzeit erfahren konnten, sind dieselben mit deren Einführung einverstanden.

**Handlungsgehilfen:** Aus unseren Mitgliederekreisen sind uns Klagen über die im vorigen Jahre eingeführte Sommerzeit nicht zugegangen. Soweit wir überhaupt Mitteilungen erhielten, sprechen sie sich nur günstig über die Sommerzeit aus, weil besonders die Ladenangestellten des Abends eine längere Freizeit hatten.

**Holzarbeiter:** Von den Ortsverwaltungen des Verbandes haben sich 91 geäußert und zwar 20 zugunsten der Sommerzeit, 66 dagegen und 5 unbestimmt. Unter den Orten für die Sommerzeit sind Städte wie Chemnitz, Danzig, Darmstadt, Dresden, Elberfeld, Frankfurt a. d. O., Fürth, Görlitz, Halle, Oldenburg und Plauen i. V. Von den Orten, in denen man sich dagegen äußerte, sind genannt: Bremerhaven, Erfurt, Kassel, Schmöln, Frankfurt a. M., Leipzig, Stuttgart und Karlsruhe.

Aus den ländlichen Bezirken und Kleinstädten wird übereinstimmend berichtet, daß die Landbewohner sich nach der neuen Sommerzeit gar nicht richten könnten, weil sie bei ihrer Arbeit von den Verhältnissen der Natur, z. B. dem Tau in den Morgenstunden, abhängig seien. Dasselbe gelte von der Gartenarbeit der Arbeiterbevölkerung, die am Abend auch bei der Sommerzeit bis zum Dunkelwerden bauere.

Die Verlängerung des Tages rufe auch ein größeres Nahrungsbedürfnis hervor. Für die eventuelle Einführung der Sommerzeit wird die Forderung erhoben, daß die gesetzliche Regelung der Arbeitszeit damit verbunden werde, in der Weise, daß die Arbeit am Morgen nicht vor 7 Uhr beginnen dürfe, und daß auch eine Beschränkung der Ueberstunden am Abend vorzusehen sei.

**Hutmacher:** Es läßt sich noch kein Urteil fällen, weil ein großer Teil der Mitglieder in der ersten Sommerzeit arbeitslos war oder nur verkürzte Arbeitszeit hatte. Ersparnisse an Licht und Heizung sind nicht beobachtet worden, wohl aber größere Ermüdung, weil eine Stunde Schlaf fehlt. In der Fa-

milie hat die Sommerzeit oft störend gewirkt, weil die Schulzeit so gelegt wurde, daß die Familie nicht gemeinsam das Mittagessen einnehmen konnte. . . . Allgemein ist die Ablehnung der Sommerzeit.

**Kupferschmiede:** Soweit unser Beruf in Frage kommt, haben sich besondere Schädigungen nicht bemerkbar gemacht. Da bereits in Friedenszeiten es in vielen Orten üblich war, die Arbeit in den Sommermonaten statt um 7 Uhr um 6 Uhr beginnen zu lassen, so haben — soweit wir dies beurteilen konnten und uns Erfahrungen mitgeteilt wurden — unsere Kollegen gegen diese Neuregelung nichts einzuwenden.

**Landarbeiter:** Es ist unmöglich, für die Landwirtschaft besondere Angaben zu machen. In der Praxis wird sich die Arbeit in den Sommermonaten so vollziehen, daß die Arbeitszeit wegen früheren Anfangs in vielen Fällen um eine Stunde verlängert wird.

**Lederarbeiter:** Bezüglich der Wiedereinführung der Sommerzeit liegen für die in der Leder- und Lederhandschuhindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen keinerlei Bedenken vor; man war im Gegenteil mit der Einführung im Vorjahr vollständig einverstanden und zufrieden.

**Lithographen und Steindrucker:** Die Lithographen, Chemigraphen und Lichtdrucker haben die täglich achttündige Arbeitszeit, während die Steindrucker 53 Stunden pro Woche arbeiten. Daraus erklärt sich wohl, daß ein Einspruch gegen die Einführung der Sommerzeit nicht gemacht wurde.

**Malier:** Die Frage ist innerhalb der Organisation nicht besonders diskutiert worden, man scheint sich vielmehr mit der Regelung allgemein zufrieden erklärt bzw. abgefunden zu haben. Von größerer Bedeutung ist die Frage für die am Außenren von Gebäuden mit dem Anstrich besonders von Öl- und Kalkfarben Beschäftigten. Diese würden zweifellos bei größerer Hitze beim Bestehen der Sommerzeit körperlich im Nachteil sein, weil die Mittagspause dann mehr in die Zeit vor Eintritt der größten Hitze fällt. Sie müßten also ihre Arbeit mehr in diese Zeit legen und würden so zweifellos mancherlei Unannehmlichkeiten ausgesetzt sein.

Während des Krieges ist diese Frage nicht aktuell, wegen des Aufstreichverbots für Ölfarben. Jedenfalls sind größere Nachteile durch die Sommerzeit nicht zu beobachten. Wir haben also danach vom Standpunkte der Verhältnisse unserer Berufskollegen aus keine Einwendungen gegen die Einführung der Sommerzeit zu erheben; mindestens haben die Vorteile die Nachteile auf.

**Metallarbeiter:** Die Frage kann abschließend kaum beantwortet werden. Sie hängt damit zusammen, wie in den einzelnen Berufen Beginn und Ende der Arbeitszeit bisher gelegt war. Für die Metallindustrie besteht seit Beginn des Krieges in überwiegendem Maße Wechsellicht, in sehr vielen Fällen die sogenannte Dreifachlicht. Es dürfte deshalb den Metallarbeitern in ihrer übergroßen Mehrzahl ziemlich gleichgültig sein, ob die Sommerzeit für das kommende Jahr wieder eingeführt wird oder nicht. Dem Vorstande unseres Verbandes sind irgendwelche Klagen über besondere Einwirkungen der Sommerzeit auf die Gestaltung der Arbeitsverhältnisse nicht bekannt geworden. Es mag dies daran liegen, daß bei Schichtwechsellicht keine Rolle spielt,

die Farbenindustrie und das Hüttenwesen. Zu beachten ist aber auch die innere Umwandlung des englischen Industriebetriebes durch seine Einstellung auf den Kriegsbedarf. Arbeitsparende Maschinen und ungelernete Arbeiter haben in ungekanntem Maße Verwendung gefunden. In Frankreich ist man in Plänen sehr fruchtbar, in bezug auf konkrete Ergebnisse aber weniger glücklich gewesen, wenn auch hier die Notwendigkeit manches errungen hat. Aber von der wirtschaftlichen Offensive kann man hier ebensowenig sprechen wie bei Italien, wo die Entwicklung ähnlich begrenzt war. In Portugal war sie gleich Null, in Rußland aber eine Rückwärtsbewegung. Nur auf dem Gebiete der Pharmazentik hat man hier, getrieben von der bittersten Not, unter der Führung der Seemwolverwaltungen eine Anzahl halbstaatlicher Betriebe geschaffen. Die Revolution hat inzwischen das ihrige getan, um die heimische Industrie leistungsfähig zu machen.

In diesem Zusammenhang ist es von besonderem Interesse, eine englische Stimme über das Programm zu hören, das für Großbritannien gestellt und, wie hinzugefügt werden muß, auch energisch verfolgt wird. Dr. Emil Daniels bespricht in dem letzten Heft der „Preussischen Jahrbücher“ ein Buch des Engländers J. Ellis Barker „The great problems of british statesmanship“. Barker bezweifelt nach dem Referat nicht, daß nach dem Frieden der Steuerdruck in England wieder ebenso empfindlich werden wird, wie er vor hundert Jahren, nach dem Abschluß der Revolutionskriege, war. In den anderen großen Staaten Europas wird der Steuerdruck nicht geringer sein. Der Steuerdruck, fährt Ellis Barker fort, beugt ein Volk nicht nieder, sondern reizt es im Gegenteil zu einer Entfaltung wirtschaftlicher Tatkraft auf, die bei weniger unerbittlich einschneidendem Fiskalismus schwerlich stattgefunden haben würde. Zwischen dem Frieden von Paris im Jahre 1763 und der Abschaffung der Kornzölle im Jahre 1846 erhoben sich die Engländer zum reichsten Volk der Erde. 129 Millionen verzweifelten die Engländer im Jahre 1763 verzinsen und amortisieren zu können, und nachdem diese Summe im Laufe eines halben Jahrhunderts auf 840 Millionen angewachsen war, keineswegs durch lauter glückliche Kriege, fing Großbritannien erst recht an, ökonomisch aufzublühen und errang auf wirtschaftlichem Gebiet eine hegemonische Stellung, die den Eindruck machte, niemals wieder angefochten werden zu können. Diesen Flor als eine Folgeerscheinung des Freihandels anzusehen, sagt Ellis Barker, ist falsch.

Der Steuererheber verwandelt die rückständige und unbekümmerte britische Nation in eine Nation von tatkräftigen und intelligenten Gewerbetreibenden.

Wie einst die Veränderungen in der Steuerbefreiung die mechanische Industrie Englands ins Leben gerufen haben, so erwartet Ellis Barker von der unvermeidlich bevorstehenden Verdrei- und Vierfachung der britischen Abgaben eine Ära neuer Erfindungen. Aber auf diese immerhin etwas zweifelhafte Hoffnung allein gründet der Autor seinen Optimismus nicht. Zwar sieht seine Phantasie voraus, wie die Menschen in 50 Jahren mit derselben geringschätzigen Bewunderung den automatischen Webstuhl und Dampfhammer von heute betrachten werden, mit welcher wir jetzt auf den Handwebstuhl und die Handschmiede blicken. Aber fast noch mehr als auf den Fortschritt in Maschinen und die Vervollkommnung der technischen Prozesse rechnet Ellis Barker auf verschärfte Anspannung und flügere

Ausnutzung der menschlichen Arbeitskraft. England, so sagt er, muß seine Volkswirtschaft amerikanisieren. Ein amerikanischer Arbeiter produziert fast dreimal soviel wie ein englischer, nicht weil sie drüben dreimal so hart arbeiten, sondern wegen der dreifach höheren Benutzung von mechanischer Pferdekraft auf je 1000 Mann. Die amerikanische Industrie ist mit besseren Maschinen ausgerüstet als die britische und macht auch überhaupt von der Maschinenarbeit einen umfassenderen Gebrauch. Ebenso wie in der Industrie steht es in Landwirtschaft und Bergbau. In früheren Jahrzehnten war englische Kohle im ganzen nicht teurer als amerikanische; vor dem Krieg aber hatten die englischen Preise einen um volle 50 Proz. höheren Stand erreicht, denn die englischen Kohlenarbeiter hatten nicht nur die Löhne getrieben, sondern auch durch systematische Beschränkung des Produktionsertrages eine künstliche Kohlenknappheit hervorgerufen. Alle technischen Verbesserungen im Kohlenbergbau könnten jene Tendenz der Arbeiterschaft nicht aufwiegen. Obwohl von Sozialisten des 20. Jahrhunderts betrieben, war die Einschränkung des Produktionsertrages kein aufgeklärteres Verfahren, als im 16. von Seiten der Holländer die Versenkung des allzu reichlich gewachsenen Zimtes ins Meer.

Uebrigens waren die Arbeiter nicht allein schuld daran, daß die Dinge diesen Gang nahmen. Da die britische Volkswirtschaft auch mit veralteten Maschinen, verschwundener menschlicher Arbeitskraft und niedrigem Produktionsertrag blühte, so gaben die Unternehmer den Wünschen ihrer Arbeiter nach. Auf den Lorbeeren der Väter ruhend, liebten sie den Schlandrian, die Bequemlichkeit, das Perfekten, den falschen Konservatismus. Sie verdienten auch so genug. Alle Neuerungen und Anstrengungen waren ihnen antipathisch. Das Geschäft erschien ihnen langweilig, wenn es ihnen nicht geradezu zum Ekel wurde. Sie lebten nur für den Genuß.

Ellis Barker schrieb dies, so bemerkt Daniels, im Dezember 1915. Dann kam, im Laufe des Jahres 1916, die große Umstellung der englischen Industrie auf den Krieg und zugleich auf den amerikanischen Fuß. Die Not zwang die britischen Industriellen, sich zu rühren und alle ihre liebgeordneten Gewohnheiten über Bord zu werfen. Für nicht weniger als 200 Millionen Pfund oder 4 Milliarden Mark amerikanische Maschinen wurden importiert, um das nicht mehr auf der Höhe der Zeit stehende einheimische Betriebsmaterial zu ersetzen. Ebenso wie die Arbeitgeber wurden auch die Arbeitnehmer durch den Geist der Zeit völlig umgewandelt. Sie nahmen die amerikanischen Maschinen im Gebrauch, ohne an dem Prinzip der Beschränkung der Produktion festzuhalten. Auch ganz abgesehen von der Munitionsherstellung, in der Erzeugung der gewöhnlichen Friedensware hat sich der Produktionsertrag auf den Kopf des Arbeiters bereits verdoppelt, und diese Bewegung wird, einmal in Gang gekommen, nicht stillstehen oder gar rückwärts gehen, sondern nach dem Frieden nur um so gewaltiger nach vorwärts auszuschießen. Ist doch das ganze industrielle Leben und Treiben in England durch den heilsamen Stachel des Krieges ein völlig anderes geworden. Man erkennt die englische Industrie nicht wieder.

Um die Aufnahme der Erzeugnisse einer verdoppelten und verdreifachten englischen Produktion ist Ellis Barker nicht verlegen; er verweist darauf, daß das britische Reich an latenten Naturschätzen viel reicher ist als die Union. Es bedarf nur wirtschaftlicher Tatkraft, wie er sagt, um Absatz zu schaffen.

ob der Tag um 12 Uhr oder um 11 Uhr beginnt.

Die Tapezierer befürchten, daß manche Gehilfen die frühere Feierabendstunde dazu benutzen, um auf eigene Rechnung für Private zu arbeiten und dadurch Schmutzkonkurrenz zu machen.

Steinseher und Pflasterer: Nach meinen persönlichen Erfahrungen beruht in der gesetzlichen Festlegung der Sommerzeit auch nach dem Kriege für die Arbeiter eine große Gefahr. Einmal in allgemein gesundheitlicher Beziehung, zum andern erwächst daraus sicher eine Steigerung der Unfallsziffern.

Eine gesundheitliche Gefahr besteht darin, daß die auf den Schlaf verwendete Zeit um eine Stunde verkürzt wird. Die Arbeiter fangen zwar eine Stunde früher an zu arbeiten, aber beim Schlafengehen richten sie sich nicht nach der Zeit, sondern nach dem Tageslicht. Das hat zur Folge, daß sie fast durchweg nur sechs bis sieben Stunden Schlaf bekommen und das ist nach allgemein anerkannten hygienischen Grundätzen zu wenig. Es kann dem auch nicht begegnet werden durch den Einwand, daß der Arbeiter sich dann eben daran gewöhnen soll, eine Stunde früher zu Bett zu gehen, weil sich der Schlaf bei Tageslicht für viele Menschen nicht erzwingen läßt. Außerdem ist bei der Agitation für die Sommerzeit ja auch darauf hingewiesen worden, daß dadurch der Arbeiter eine Stunde am Tage mehr gewinnen soll für seine freie Verwendung.

Die dauernd im Freien beschäftigten Arbeiter müssen bei der Sommerzeit noch eine besondere Unannehmlichkeit mit in Kauf nehmen. Nämlich dadurch, daß auch die Mittagszeit gegen die astronomische Zeit um eine Stunde verschoben ist, müssen die Arbeiter nunmehr am „Nachmittage“ die Arbeit zu einer Zeit aufnehmen, in der die Hitze am drückendsten ist, weil dann die Sonne im Zenith steht, während sie bisher um diese Zeit gerade unterbrechen konnten. Dieser Nachteil bleibt für die ganze Nachmittagsarbeit bestehen, weil bis „6 Uhr“ (Sommerzeit) die Temperatur sich nur wenig abkühlt, während sonst bei der gleichen Zeiteinteilung nach Vesper schon eine kleine Abkühlung eintreten pflegte. Dieser Nachteil wird dadurch noch schlimmer, daß wegen Mangels an Brot an vielen Stellen durch Vereinbarung der Arbeiter mit den Unternehmern die Vesperpause in Wegfall gekommen ist, so daß nunmehr geradezu eine Verdichtung der Arbeitszeit in der heißesten Tageszeit stattgefunden hat. Das Uebel läßt sich nicht dadurch beseitigen, daß man etwa die Pausen eine oder anderthalb Stunden später legt. Dadurch würde die Arbeitstour vormittags in einer Weise verlängert, die zur völligen körperlichen Erschlaffung des Arbeiters führen müßte. Es wäre das außerdem ein weiterer tiefer Eingriff in die Lebensgewohnheiten, während schon der eine, eben die Sommerzeit, mehr als zuviel Schaden an der Gesundheit der Arbeiterschaft verursachen dürfte.

Was die befürchtete Steigerung der Unfallsziffer betrifft, so verweise ich auf die bekannte Tatsache, daß die Zahl der Unfälle an Montagen besonders groß ist. Man kann einen Teil dieser Unfälle gewiß auf Mangel an Schlaf und ungenügendes Ausgeruhtsein zurückführen. Wenn nun dieses nicht genügende Ausgeruhtsein zu einer ständigen Erscheinung wird, so ergibt sich daraus notwendig auch die von mir gezogene Folgerung. Eine gar nicht bestrittene Folgeerscheinung zu geringen Schlafes ist Nervosität. Daß diese gleichfalls die Unfallhäufig-

keit ungünstig beeinflussen muß, unterliegt wohl keinem Zweifel. . . .

Diese Ausführungen mündeten in den Vorschlag, die Gewerkschaften möchten nach Möglichkeit Erhebungen anstellen über die Auffassung in den Arbeiterkreisen der verschiedenen Berufe über die Sommerzeit und über die Erfahrungen, die die einzelnen Arbeiter an sich mit derselben gemacht haben. Die Formulierung der diesbezüglichen Fragenstellung müßte unter Hinzuziehung eines erfahrenen Psychologen oder Mediziners oder mehrerer solcher erfolgen.

Man kann dem leserwähnten Vorschlag des Vorstandes des Verbandes der Steinseher gewiß nur zustimmen, ohne deshalb seine abschreckenden Erfahrungen zu verallgemeinern oder seinen abweisenden Standpunkt zu teilen. Für die Dauer des Krieges dürfte die Stellungnahme der Gewerkschaften zwar ohne Einfluß bleiben, weil zwingende Rücksichten allgemeiner Art während dieser Zeit den Anlaß zu dieser Maßnahme gaben. Um aber eine abschließende Stellungnahme für den Fall einer dauernden Einführung der früheren Sommerzeit rechtzeitig herbeizuführen, halten auch wir eingehendere Feststellungen in Gewerkschaftskreisen über die mit dieser Einrichtung gemachten Erfahrungen und begründete Gutachten über das Für und Wider geboten.

## Wirtschaftliche Rundschau.

**Veränderung der Produktionsverhältnisse während des Krieges. — Schwierigkeiten künftigen Konkurrenzkampfes. — Eine englische Stimme. — Wirkungen des Steuerdrucks. — Entfaltung der höchsten Produktivität.**

In Erörterungen über die ungeheuren wirtschaftlichen Aufgaben, vor denen wir nach dem Kriege stehen werden, wird oft die Veränderung übersehen, die sich auch in den Produktionsverhältnissen in den feindlichen Ländern vollzogen hat. Gegen eine Unterschätzung der Schwierigkeiten künftigen Konkurrenzkampfes warnt in der „Wirtschaftszeitung der Centralmächte“ Dr. Waldemar Koch durch den Hinweis auf den Umfang der wirtschaftlichen Expansion während des Krieges bei unseren Gegnern. Bei den Vereinigten Staaten — führt er aus — ist die Entwicklung der Industrie nicht so sehr in die Tiefe wie in die Breite gehend; alle Werte sind ausgedehnt worden und haben gut verdient. Neuartige Entwicklungen finden sich zwar nur auf dem Gebiete von Schiffbau und Schifffahrt, wo man daran gegangen ist, mit staatlichen Mitteln in Höhe von 50 Millionen Dollar eine eigene Handelsflotte zu schaffen; ferner auf dem Gebiet der Finanzierung, wo die American International Corporation ebenfalls mit 50 Millionen Dollar Kapital ausgestattet wurde und sich bald in China, Rußland, Südamerika usw. energisch betätigte. Schließlich ist die Entwicklung der Farbenindustrie bedeutend.

Am wichtigsten ist jedoch die innere Entwicklung der Industrien des Amerikans, der jetzt gelernt hat, den Weltmarkt zu schätzen und inzwischen überall, in Rußland, in Brasilien, Argentinien usw. daran ging, ihn zu bearbeiten, zu studieren, zu versorgen und Fuß zu fassen. Mag auch der Erfolg noch nicht groß sein, neuartig ist die Einstellung des Auges auf den Weltmarkt.

In Japan ist aber vor allem die Entwicklung der Industrien erstaunlich. Auch England hat vieles unternommen und manches erreicht, was hier nur berührt werden kann. Zu nennen ist vor allem

Ursachen sank die Mitgliederzahl bis zum Jahres-  
schluß 1915 auf 46 371 Mitglieder. Das Jahr 1916  
ließ die Mitgliederzahl auf 53 404 steigen und am  
Schluß des Jahres 1917 erreichte die Zahl der Mit-  
glieder 110 454. Darunter befinden sich 847 weib-  
liche Mitglieder. Einschließlich der eingezogenen  
Mitglieder hatte der Verband also am Jahres-  
schluß 1917 130 454 Mitglieder. Es sind also mindestens  
28 408 Mitglieder mehr, als bei Kriegsausbruch.  
Diese günstige Entwicklung der Mitgliederzahl spie-  
gelt sich auch in dem Kassenbericht wider, der in der  
Nr. 10 der „Bergarbeiter-Zeitung“ vom 9. März ver-  
öffentlicht wird. An Eintrittsgeldern wurden 28 778  
Mk. gegenüber 7 600,40 Mk. im Vorjahre vereinnahmt.  
Die Mitgliederbeiträge brachten 1 780 549,50  
Mk. gegenüber 1 031 442 Mk., also 749 107 Mk.  
mehr ein. An Zinsen wurden 165 445,85 Mk. und  
an sonstigen Einnahmen der Hauptkasse 39 038,23 Mk.  
eingenommen. Einer Jahreseinnahme von  
2 915 811,58 Mk. steht eine Jahresausgabe von  
1 146 364,28 Mk. gegenüber. Von der Jahresausgabe  
entfallen auf Krankenunterstützung 227 965,65 Mk.,  
Sterbeunterstützung 92 850,65 Mk., Rechtschutz  
72 409,51 Mk., Kriegsunterstützung 53 398,88 Mk.,  
Arbeitslosenunterstützung 2 291,30 Mk. und Ge-  
sundheits- und sonstige Unterstützung 913,42 Mk.  
In den Zahlstellen- und Bezirksklassen verblieben  
296 223,55 Mk. Die Zahlstellen- und Bezirksklassen  
hatten außerdem noch eine Einnahme an Lokal-  
beiträgen usw. von 170 218,72 Mk., der eine Aus-  
gabe von 106 509,10 Mk. gegenübersteht. Trotz der  
Steigerung der Ausgaben für das Verbandsorgan,  
Verwaltungskosten (persönliche und sächliche), sowie  
für die Ausgaben für die Agitation usw. hatte die Haupt-  
kasse am Jahres- und Monats- und Quartals-  
schluß ein Vermögen von 4 706 612,93  
Mk. gegenüber 3 841 682,11 Mk. im Vorjahre. In  
den Bezirks- und Zahlstellenklassen war ein Vermögen  
von 238 382,07 Mk. vorhanden, so daß das Gesamt-  
vermögen Ende 1917 4 943 995,00 Mk. betrug. Da  
das Jahr 1916 mit einem Gesamtvermögen von  
4 008 585,11 Mk. abschloß, so brachte das Jahr 1917  
eine Steigerung des Gesamtvermögens von 937 410  
Mk. Trotz dieser günstigen finanziellen Entwick-  
lung hat der Verband eine Beitragserhöhung vor-  
genommen, der größte Teil der Mitglieder zahlt in  
der höchsten Beitragsklasse. Außerdem hat jedes Mit-  
glied einen Extrabeitrag von 10 Pfg. pro Woche zu  
zahlen. Der Verband wird durch diese Beitrags-  
erhöhung in den Stand gesetzt, die Interessen seiner  
Mitglieder noch besser zu wahren, als wie es bisher  
der Fall war. Das vergangene Jahr war reich an  
praktischer, gewerkschaftlicher Arbeit auf allen Gebie-  
ten. Zur Verbesserung der Lage der Bergarbeiter  
hat der Verband entweder allein oder gemeinsam  
mit den anderen Bergarbeiterorganisationen sein  
Möglichstes getan und ist der Erfolg auch nicht aus-  
geblieben. Die Löhne erfuhren in den hauptsäch-  
lichsten Bergrevieren eine wesentliche Steigerung.  
Auch auf dem Gebiete des Knappschafts- und Rechts-  
schutzwesens wurde mancher Erfolg zum Wohle der  
Bergarbeiter erzielt.

Der Zentralverband der Böttcher be-  
ruft seinen 13. Verbandstag am 17. bis 19. Juni  
nach Würzburg ein. Auf der Tagesordnung stehen  
außer den Geschäftsberichten die Revision der Bei-  
trags- und Unterstützungsanordnungen und die Auf-  
gaben des Verbandes nach erfolgter Demobilisierung.  
Der Vorstand unterbreitet dem Verbandstage eine  
Reihe von Anträgen, die eine Beitragserhöhung von  
25 Pfg. pro Woche (von 60 auf 85 Pfg.) und die Er-  
höhung der Höhe der Arbeitslosen-, Streik- und  
Sterbeunterstützung vorsehen.

Der Buchdruckerverband beruft eine  
außerordentliche Generalversammlung zum 27. Mai  
nach Würzburg ein. Die Jahresabrechnung des  
Verbandes schließt mit einem Hauptkassenbestand  
von 12 077 494 Mk. am 31. Dezember 1917.

Der Verband der Gastwirtschaftlichen  
zählte am Ende des Jahres 1917: 2866 Mitglieder  
und einen Kassenbestand von 157 043 Mk.

Im Glasarbeiterverbande treten am  
1. April die Arbeitslosen- und die Umzugs-  
unterstützung in voller Höhe wieder in Kraft,  
womit alle beim Kriegsausbruch beschlossenen Ein-  
schränkungen wieder beseitigt sind.

Der Hauptvorstand, der Zentralausschuß und die  
Gauvorstände des Verbandes der Litho-  
graphen und Steindrucker haben ge-  
meinschaftlich die Ausschreibung einer Urab-  
stimmung über eine Erhöhung der Wochen-  
beiträge um 10 resp. 20 Pf. in den verschiedenen  
Beitragsklassen, zwecks Wiedereinführung der vollen  
Unterstützungssätze beschlossen. Zur Begründung  
dieser Maßnahmen hat der Vorstand  
den Mitgliedern ein aufklärendes Flugblatt zu-  
gehen lassen. In diesem wird ihnen vor Augen  
geführt, welche Krise der Verband bei Kriegs-  
ausbruch durchmachen mußte. Durch die ungeheure  
Arbeitslosigkeit und Einziehung der beitragsablen-  
denden Mitglieder zum Militär, mußte sich der Verbands-  
vorstand auf die Durchführung einer Notstands-  
unterstützung beschränken. Während der Kriegszeit  
war es möglich, dreimal die Unterstützungen in auf-  
bauendem Sinne zu verbessern, so daß jetzt Reise-,  
Arbeitslosen-, Umzugs- und Krankenunterstützung zu  
Dreiviertel der statutenmäßigen Wochensätze ausge-  
zahlt wird und Sterbegeld zur Hälfte. Die Wieder-  
einführung des vollen Statuts mußte zurückgestellt  
werden, um mit äußerster Sparsamkeit Mittel für  
die Zeit nach dem Kriege zurückzulegen. Ein Ver-  
sagen der gewerkschaftlichen Tätigkeit nach Friedens-  
schluß würde das Vertrauen der Mitglieder zum  
Verbande erschüttern. Um aber auch unvorhergesehe-  
nen Ereignissen die Spitze bieten zu können, soll  
vom 1. April d. J. ab der Wochenbeitrag um 20 Pfg.  
(für Vollmitglieder dann auf 1,50 Mk.) erhöht  
werden und die vollen gewerkschaftlichen Unter-  
stützungen (bis 180 Mk., je nach der Dauer der Mit-  
gliedschaft) und das volle Sterbegeld (bis 100 Mk.)  
wieder zur Auszahlung gelangen. In der Haupt-  
sache aber sollen durch diese Beitragserhöhung ge-  
nügende Mittel für die gewerkschaftliche Tätigkeit  
nach dem Kriege aufgesammelt werden, um einen  
Lohnsturz zu verhindern. Denn der Aufbau des Ge-  
werbes und die Wiedereroberung des Weltmarktes  
wird sich nicht ohne große Rückschläge vollziehen. Die  
Arbeitslosigkeit wird im graphischen Gewerbe wieder  
Massenerscheinung werden und die Aufgabe bringen,  
zur Abwendung der Schäden, die aus dieser Ueber-  
füllung des Arbeitsmarktes entstehen, gewerkschaft-  
liche Abwehrkämpfe zu führen. Die Urabstimmung  
soll in allen Städten bis zum 1. April erfolgt sein;  
es wird bestimmt mit der Annahme des Vorstands-  
antrages gerechnet.

Der Zentralverband der Schuh-  
macher wird seinen 17. Verbandstag am 8. Juli  
d. J. in Würzburg abhalten. Auf der Tagesordnung  
steht u. a. die Uebergangswirtschaft und die Aufgaben  
des Verbandes.

Der Zentralverband der Zimmerer  
zählte am 9. Februar d. J. in 712 Zahlstellen 61 252  
Mitglieder, von denen 18 874 in Arbeit standen und  
188 arbeitslos sowie 391 krank waren.

Schließlich spricht er die Ueberzeugung aus, daß die im 18. Jahrhundert erfolgte Zerreißung der staatsrechtlichen Bande zwischen Großbritannien und den Vereinigten Staaten wieder gutgemacht werden wird. Er glaubt, daß in irgendwelcher föderativen Form sich eine Vereinigung zwischen dem britischen Reich und den Vereinigten Staaten vollziehen würde. —

Wie man immer die Anschauungen und Hoffnungen von Ellis Barker beurteilen mag, in jedem Falle erhärten sie die Notwendigkeit für Deutschland, viel stärker als es bisher geschah, unter Zusammenfassung aller Kräfte an den Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens heranzutreten. Die Entfaltung der höchsten Produktivität muß oberstes Gesetz werden; dazu gehört mit in erster Reihe die Sicherung unserer Rohstoffbeschaffung. Eine Behauptung industriellen Wettbewerbs auf dem Weltmarkt hat die Unabhängigkeit der Rohstoffversorgung zur Voraussetzung. Diese kann nur durch den kontinental-europäischen Zusammenschluß (unter Einbeziehung und rationeller Ausgestaltung des Kolonialbesitzes der Festlandsstaaten) erfolgen. Allein so kann ein Gleichgewicht gegen den englisch-amerikanischen Zusammenschluß geschaffen werden.

Berlin, den 4. März 1918.

Julius Kallisi.

## Kriegsfürsorge.

### Zusammenfassung der Fürsorgestellen.

Wer heute in den verschiedenen Städten einmal den Versuch macht, sich über die sozialen Einrichtungen zu belehren, den ergreift es oft mit bitterem Weh, welche Herrüttung auf diesem Gebiete zu finden ist.

Da arbeiten dreißig, vierzig oder noch mehr Stellen neben-, über-, auch gegen- und durcheinander. Ein einziger Fall geht durch ungezählte Hände, die gleiche Familie wird oft an mehreren Stellen betreut, ein wildes Hin und Her der Pfleglinge ist die Folge; ungeordnete Versorgung, Bitterkeit bei Behörden und Gesuchstellern erwachsen daraus. Diese Feststellung ist nicht neu, der Krieg hat nur die Schäden vervielfachen lassen.

Eine große Umwälzung auf dem Gebiete des Armen- und Waisenwesens, wie überhaupt der sozialen Arbeit bereitet die Stadt Frankfurt a. M. vor; diese geplante Neuerung darf als ein Stück Neuorientierung im besten Sinne angesprochen werden.

Es handelt sich darum, alle die verzweigten Gebiete der öffentlichen Fürsorge, die hier (wie eben überall) in hundert verschiedenen Händen liegen, unter ein Amt zu vereinigen, um zunächst eine einheitliche, großzügige Auffassung und Ausschaltung von Sonderbestrebungen privater, religiöser und anderer Art zu erreichen. Es bestehen so viele Einzelorganisationen, Stiftungen und Hilfsvereine, daß es immer schwieriger ist, gemeinsames Handeln und einen höheren Sinn in die Sache zu bekommen. Daneben bestehen das Armen- und Waisenamt, die Jugendfürsorgestellen, die Kinderhorte, private Fürsorge, neuerdings die vielen Stellen der Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenenfürsorge, daß sich heute wirklich kein Mensch auskennt. Es ist zu natürlich, daß dieses Durcheinander die Arbeit verbösert, den Hilfesuchenden in ein Neb von Wirrnissen lockt, und ihm die Hilfe erschwert. Dagegen ist es auch für geriffene Bittsteller wiederum ein leichtes, in den verzweigten Einrichtungen leichter sein Spiel zu treiben, wodurch die wirklichen Bedürftigen schädigend. Um nur ein Beispiel herauszugreifen, zu welcher Desorganisation der heutige Zustand führte, soll auf die Kinder-

speisung verwiesen werden. Dafür bestehen drei verschiedene Einrichtungen: Die von der Stadt und der Kriegsfürsorge geschaffene Zentralküche, ferner die davon nicht abhängigen Fortküchen, schließlich noch die Speisung durch den Verein zur Beschaffung von warmem Frühstück. Daneben laufen noch andere Betriebe, die Kinder verpflegen. Was hier bei einer Centralisation mit den gleichen Mitteln geleistet werden könnte, das braucht kaum betont zu werden.

Dieser Zustand, der auch in anderen Zweigen zu ähnlichen Zersplitterungen führt, hat die Stadtverwaltung auf die sehr vernünftige Idee gebracht, alle sozialen Hilfsmahnahmen unter einem Hut, mit gesamtulken Kräften und großzügiger Organisation, zu vereinigen; dadurch kann die Vereinsmeierei, die private Herumfundschafterei, das lästige Laufen von Pontius zu Pilatus vermieden werden. Die Armen- und Waisenfürsorge, die Kriegsfürsorge, die durch den Krieg erwachsenden neuen Aufgaben der Kriegsbeschädigten, der Hinterbliebenenfürsorge können wirklich ernsthaft durchgeführt werden, besonders, wenn ein bewährter Beamtenkörper, der sich in den Kriegsjahren bewährt hat, in dem neuen Amt von höherer Warte aus arbeiten kann, als es heute leider sehr oft der Fall ist.

Die vorbereitenden Schritte in Frankfurt a. M. verdienen die Aufmerksamkeit auch außerhalb der Stadt, da wir bei dem Kriegsende erst richtig mit der sozialen Arbeit beginnen müssen. Wer die Umbreitische Schrift über diese Zukunftsaufgaben aufmerksam liest, der erschrickt geradezu über das gewaltig weite Feld von Fürsorge, die da gefordert wird, wovon auch nicht eine als überflüssig bezeichnet werden kann.

Es wird deshalb gut sein, wenn auch in anderen Städten diesem Gebiet einige Aufmerksamkeit geschenkt wird; wenn unsere Genossen in den städtischen Körperschaften dahin arbeiten, daß mehr auf Centralisation in der sozialen Hilfsarbeit gesehen wird. Wir sind sicher, damit wird den Hilfesuchenden ein großer Dienst erwiesen, wenn neben der straffen Vereinigung der Fürsorgearbeit auch darauf gesehen wird, daß mit dem Abbruch der Einzelstellen auch der Geist verschwindet, der da oft waltete. Was an Unbuldsamkeit, Gesinnungsschnüffelerei geleistet worden ist, das geht oft auf keine Kuhhaut.

Weg mit dieser überlebten Popparbeit und Platz für die gewaltigen Aufgaben der Zukunft, die nichts brauchen als klaren Blick, warmes Herz und guten Willen.

Th.

## Arbeiterbewegung.

### Aus den deutschen Gewerkschaften.

Vorstand und Gauleiter des Bäckerverbandes beschlossen in einer Konferenz, die im Kriegsdienst befindlichen Mitglieder zur Leistung von freiwilligen Beiträgen aufzufordern. Ebenso kam die Konferenz zu dem Ergebnis, daß eine Erhöhung des Verbandsbeitrages notwendig wird. Die hierzu gefaßten Beschlüsse werden demnächst den Mitgliedern übermittelt.

Im Deutschen Bauarbeiterverband betrug die Arbeitslosigkeit am 4. Februar 1922 (1,25 Prozent) und verringerte sich bis zum 11. Februar auf 849 = 1,04 Proz.

Der Verband der Bergarbeiter hat im Jahre 1917 einen höchst erfreulichen Aufschwung zu verzeichnen. Das verfloffene Jahr brachte dem Verbands 61 281 Neuaufnahmen. Im zweiten Quartal 1914 hatte der Verband 101 956 Mitglieder. Infolge Einberufungen zum Heeresdienst und sonstiger